Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Nachrichtenschluß Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 32.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto Dresden 1580. Girokasse: Riesa Nr. 32.

№ 293. Donnerstag, 17. Dezember 1931, abends. **84. Jahrg.**

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 99 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 99 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Verhangenes Börsenbarometer.

Sprechbörsen — und was weiter?

Von Donnerstag ab funktioniert in bescheidenen Grenzen das Börsenbarometer wieder: man spricht sich darüber aus, was für Geschäfte man machen würde, wenn man Geschäfte machen dürfte. Die Börse bleibt ihrem eigentlichen Zweck zwar entzogen, aber sie wird nach fast genau einem Vierteljahr wieder der Schauplatz der Geschäftshungrigen, die es immerhin als einen Fortschritt buchen werden, in den respektablen Hallen der Börse die Voraussetzung für die Abschlüsse schaffen zu können, die sie nach dem Willen des Börsenvorstandes und des Staatskommissars für die Börse Dr. Meyer nur außerhalb dieser Räume effektiv tätigen können. Für die Oeffentlichkeit selbst bleibt das Börsenbarometer verhangen, denn öffentlich dürfen die gesprochenen Kurse nicht verbreitet werden.

Damit ist ein Kompromiß geschaffen, über dessen Zweckmäßigkeit man sehr heftig streiten kann und wird. Die Schließung der Börsen vom 13. Juli bis 3. September und seit dem 21. September — nach der Aufhebung des englischen Goldstandards — war zunächst durchaus berechtigt, denn hier lagen Situationen vor, die aller Wahrscheinlichkeit nach im ersten Augenblick eine Panik ausgelöst hätten. Dieser Panik konnte nur durch die Schließung der Börsen vorgebeugt werden. Mit fortschreitender Klärung der Dinge jedoch wuchs auch die Berechtigung der Forderung nach Wiedereröffnung der Börsen, denn je länger je mehr wurde der Zustand der Börsenschließung zu einer Art von Vogel Strauß-Politik, die doch einmal aufgegeben werden muß, wenn man überhaupt die Absicht hat, zur Normalität zurückzukehren.

Der jetzt gefaßte Beschluß, die Börsenräume dreimal in der Woche zur Abhaltung von Aussprachen ohne Abschluß von Geschäften zu öffnen — ein Beschluß des Berliner Börsenvorstandes, dem sich auch der Frankfurter Börsenvorstand zunächst angeschlossen hat — ist ein halber Schritt auf diesem Wege der Rückkehr zur Normalität. Die Berliner Industrie- und Handelskammer, die als Hausherrin der Börsenräume für die Durchführung dieses Beschlusses zuständig ist, weil die Zuständigkeit der Börsenaufsichtsbehörde erst Platz greift, wenn Börsenversammlungen im Sinne des Gesetzes, d. h. unter Einschluß effektiver börsenmäßiger Geschäfte stattfinden, hat von den zuständigen Organisationen der Bankiers und Makler die ausdrückliche Verpflichtung verlangt, keinerlei Geschäfte zu tätigen. Man wird also annehmen müssen, daß dieser Beschluß eingehalten wird und daß also eine Aufklärung der Oeffentlichkeit über die Börsenlage vorläufig nicht eintreten wird. Wie man hört, ist bei den diesen Entschließungen vorangegangenen Beratungen hervorgehoben worden, daß an eine Verlegung des in der Zeit der Börsenschließung üblich gewordenen Telephonverkehrs an die Börse daß — mit anderen Worten — an die Eröffnung des Freiverkehrs für dieses Jahr nicht mehr zu denken sei. Das kann nicht überraschen, denn nachdem die Zeit nun einmal so weit bis zum Jahresultimo fortgeschritten war, wäre die Freigabe der Börse wohl wirklich ein gefährliches Experiment gewesen. Man muß sich also wohl oder übel mit dieser Kompromißlösung bis zum neuen Jahre abfinden.

Dann aber sollte man bald und ernsthaft beginnen, sich darüber klar zu werden, daß endlich Klarheit geschaffen werden muß. Den weitaus überwiegenden Kreisen des erwerbstätigen deutschen Volkes ist im verflossenen Jahre, insbesondere aber mit der letzten Notverordnung ein solches Maß von Einsicht in den Ernst der Lage, von Bereitschaft, diesem Ernst Rechnung zu tragen, zugemutet worden, daß es nun Pflicht der dafür maßgebenden Behörden und Instanzen ist, volle Klarheit über die wirtschaftliche Gesamtsituation zu schaffen, damit dem deutschen Volke nicht eines Tages mit neuen bitteren Enttäuschungen aufgewartet werden muß. Reichskanzler und Reichsfinanzminister haben bei der Kommentierung der vierten Notverordnung vom 8. Dezember mit aller Entschiedenheit betont, daß diese Verordnung mit ihren unerhörten Opfern als der Abschluß einer Epoche weltwirtschaftlicher und innerwirtschaftlicher Irrtümer und Fehler zu gelten habe. Meint man es ernst damit, soll der Schlußstrich wirklich gezogen werden, so muß der ganze Komplex der Börse in die Rechnung einbezogen werden. Andernfalls würde die Gefahr drohen, daß die Rechnung nicht stimmt und unter neuen Opfern korrigiert werden muß. Eine solche Korrektur sollte man dem deutschen Volke ersparen und mit den Entschlüssen, die dafür notwendig sind, im neuen Jahre nicht all zu lange mehr warten, zumal das lähmende Gefühl der Unsicherheit angesichts des verhangenen Börsenbarometers die Dinge leicht noch ungünstiger beeinflussen könnte, als die tatsächliche Lage es rechtfertigt.

Hilfe für Deutschland — oder Katastrophe

Washington, 17. Dezember.

Staatssekretär **Stimson** gab vor dem Finanzausschuß des Repräsentantenhauses eine Erklärung ab, in der er sagte, daß Hoover das Moratorium in erster Linie deswegen vorgeschlagen habe, um den Wirkungen der Panik, von denen die deutschen Finanzen betroffen worden seien, zu steuern. Da Deutschlands Kredit schwach gewesen sei, sei die finanzielle Hilfe in großem Umfange in Form von kurzfristigen Krediten erfolgt, die bei Einsetzen der Depression im Jahre 1929 Deutschland in eine schwierige Lage gebracht hätten, besonders da es jährlich etwa 400 Millionen Dollar an Reparationen hätte zahlen müssen. **Die Entwicklung Deutschlands zeige, daß ihm, wenn es die Krise überwinde,** eine gesunde und erfolgreiche Zukunft bevorstehe, und daran sei auch das Ausland interessiert; denn „bei seiner zentralen Lage in Europa stellt Deutschland, wenn es seine Gesundheit wiedererlangt, ein starkes Bollwerk gegen Unsicherheit und Kommunismus dar, während, wenn man Deutschland fallen ließe, die Katastrophe nicht auf Deutschland beschränkt bleiben, sondern sicherlich andere Nationen mit hineinziehen und die Finanzsysteme aller wichtigeren Staaten, darunter Amerikas, stark berühren würde.

Sächsischer Landtag.

Die Terrorakte in verschiedenen Städten Sachsens. — Die Nationalsozialisten fordern Beseitigung der letzten Reichsnotverordnung.

Die Tribünen sind voll besetzt, während die Reihen der Abgeordneten einige Lücken aufweisen. Der Landtagspräsident schlägt vor, heute die Anträge zu begründen und morgen (Donnerstag) die Aussprache zu eröffnen: für die **Begründung** wird eine Redezeit von ½ **Stunde** und für die **Aussprache** zu den **Terrorakten 1 Stunde** und für die Aussprache zu der letzten **Reichsnotverordnung 1 weitere Stunde** festgesetzt. **29 Punkte stehen auf der heutigen Tagesordnung!**

Gegen die Terrorakte.

Das Haus hat sich stark gelichtet, als der Abg. **Edel** (Soz.) den **ersten Antrag begründet.** In ihm wird die Regierung beauftragt:

1. **Die uniformierten Nazi-Formationen sofort zu verbieten;**
2. **mit allen Mitteln die Terrorakte der Nationalsozialisten zu unterbinden;**
3. **die Polizei- und Verwaltungsbehörden im gleichen Sinne anzuweisen.**

Der Redner führt aus, daß im ganzen Lande sich die Anzeichen für die Bürgerkriegsvorbereitungen der Nationalsozialisten verstärken: er geht im einzelnen auf die

Ausschreitungen in Riesa

ein, bei denen der Reichsbannermann Wolf getötet wurde. (Schon nach wenigen Sätzen ist **der Landtagspräsident genötigt, nach beiden Seiten Ordnungsrufe zu erteilen.** Man merkt, daß die Atmosphäre mit starker Spannung geladen ist.) Abg. Edel greift die bürgerliche Presse an, die die Taten der Nationalsozialisten entweder **verschweige** oder bagatellisiere. Gegen die Riesaer Polizei erhebt Edel die schwersten Vorwürfe der Begünstigung der Nationalsozialisten. (Der Redner muß verschiedentlich ersucht werden, sich in seinen Ausdrücken zu mäßigen. Die Bänke der Abgeordneten leeren sich immer mehr.)

Abg. **Liebmann** (Soz.) geht auf **Vorgänge in Wiederitzsch** bei Leipzig ein.

Abg. **Müller-Mittweida** (Soz.) berichtet über Vorfälle in seiner Heimat. **Niemals — so behauptete er — haben Reichsbannerleute oder sozialdemokratische Arbeiter einen Nationalsozialisten provoziert! Von der Regierung fordert er energisches Durchgreifen gegen die nationalsozialistische Bewegung.**

Abg. **Uhlig** (Soz.) hat bei seinen Ausführungen über angebliche nationalsozialistische Terrorakte in Chemnitz nur noch vereinzelte Zuhörer. — Es folgten dann die Ausführungen der sozialistischen Abgeordneten **Gerlach, Göttler und Lautzsch.** Dieser erhebt Vorwürfe gegen den Chemnitzer Polizeidirektor, der militärische Uebungen der Nationalsozialisten, die nur der Vorbereitung des Bürgerkrieges dienen konnten, geduldet habe.

Abg. **Lasch** (Nat.-Soz.) ist der nächste Redner. (Zunächst versuchen die sozialdemokratischen Abgg. Leiser und Edel den Abgeordneten am Sprechen zu hindern.) Er führt, von den Zurufen der Linken ständig unterbrochen, aus: Sie (zu den Linken gewendet) schreien bei jeder Gelegenheit: Nie wieder Krieg und morden ahnungslose Nationalsozialisten. An eine geschlossen marschierende Truppe wagen Sie sich nicht heran. Der Redner geht dann ebenfalls auf einzelne Fälle ein. **(Die Stimmung im Hause wird immer gereizter, es wird auf der Linken wie auf der Rechten mit Tätlichkeiten gedroht.** Der Vizepräsident Lasse ist kaum in der Lage, dem Redner Gehör zu verschaffen.)

Abg. **Lasch** faßt seine Ausführungen zusammen: **Terrorakte und Mordüberfälle auf Angehörige der NSDAP. haben sich in den letzten Wochen in geradezu erschreckendem Maße gehäuft, die keinem Zweifel unterliegen, daß es sich um ein systematisches Vorgehen handelt,** dessen Urheberschaft in den Hetzartikeln marxistischer Zeitungen klar zutage tritt. Täglich wird in den marxistischen Zeitungen aller Schattierungen in gewissenlosester Weise zum Klassenkampf und Klassenhaß geschürt, ohne daß die Behörden gegen diese Zersetzung einzelner Volksschichten etwas unternehmen.

Das sächsische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit erwartet, daß nicht nur gegen die Mörder, Unruhestifter und Terroristen schärfstens vorgegangen wird, sondern daß auch die zur Verantwortung gezogen werden, die bewußt und absichtlich durch Wort und Schrift Progromstimmungen gegen Angehörige der NSDAP. schaffen.

Abg Dr. **Bennecke** (Nat.-Soz.) **fragt die sächsische Regierung, wie sie sich die weitere Entwicklung in Sachsen jetzt denke. Ist die sächsische Regierung mit der Notverordnung des Reiches einverstanden?** Es sei unerhört, wie die sächsischen Polizeibeamten Bütteldienst für das Reich machen müßten, indem man ihnen zumute, Jagd zu machen auf die Abzeichen politischer Organisationen. Die Forderungen der SPD. liefen alle hinaus auf ein Verbot der NSDAP. **Die nationalsozialistische Partei verlange allgemeine Demonstrations- und Versammlungsfreiheit.** Die SPD. verfüge anscheinend über Kanäle, die ihr gestatten, den gemeindepolizeilichen Apparat für ihre Zwecke einzuspannen. **In Riesa habe das Reichsbanner monatelang einen unerhörten Terror ausgeübt und zwar unter Duldung der Riesaer Gemeindepolizei.** In Banden sei das Reichsbanner über Land gezogen, habe Nationalsozialisten überfallen, Häuser demoliert. Diese Fälle schwebten zurzeit bei der Staatsanwaltschaft in Leipzig und seien aber bis heute noch nicht abgeurteilt; eine Schnelljustiz wäre hier durchaus am Platze. **Es stehe fest, daß die Riesaer Polizei sich bisher einseitig und zwar zugunsten der SPD. betätige, dieser Partei werde alles genehmigt, Veranstaltungen der Nationalsozialisten und des Alldeutschen Verbandes aber verboten.** Auch in **Meerane** stehe die Polizei anscheinend der SPD. sehr nahe; der Regierung sei zu empfehlen, sich einmal die Tätigkeit von Dr. Bethke anzusehen. Wenn die Regierung doch hier einmal mit dem ihr zur Verfügung stehenden Material an die Oeffentlichkeit kommen wollte — dann wäre den Marxisten im Landtag bald der Mund gestopft.

Der Redner wendet sich dann **gegen das eigenmächtige Handeln des Gemeinderates Demitz-Thumitz,** der aus eigener Machtvollkommenheit eine Kranzniederlegung durch Nationalsozialisten untersagt habe; diese Handlungsweise habe nicht die Billigung der Amtshauptmannschaft Bautzen gefunden. In **Pirna** werde das **nationalsozialistische Sportfest verboten, der Sozialdemokratie aber werde ein Grenzlandtreffen in Sebnitz erlaubt.** Auch die Amtshauptmannschaft **Rochlitz** scheine über ihre Machtbefugnis im Unklaren zu sein. Dr. Bennecke **forderte unverzüglich Aufhebung des Demonstrations- und Versammlungverbotes.**

Als nächster Redner besteigt der **nationalsozialistische Abgeordnete Schlegel** das Pult. Die beiden Sozialdemokraten Geisel und Edel bemerken, daß der Abgeordnete Schlegel ein Parteiabzeichen trägt; sie melden dies dem Landtagspräsidenten und **verlangen, daß das Parteiabzeichen abgelegt werde.** Der Landtagspräsident stellt dieses Verlangen an den Abgeordneten Schlegel und macht das Reden Schlegels davon abhängig, daß dieser das Abzeichen entfernt. **Schlegel verweigert dies, worauf ihm das Reden verboten wird.**

Die kommunistischen Abgeordneten **Eindermann** und **Siegel** wehren sich gegen den Vorwurf, individuellen Terror zu treiben.

Der sozialistische Abgeordnete **Edel** weist auf den Vorteil mit dem nationalsozialistischen Abgeordneten Schlegel hin und verlangt, daß den Abgeordneten, die ungesetzliche Handlungen begehen, der Aufenthalt im Plenarsitzungssaale verboten werde.

Der **Landtagspräsident Weckel** erklärt, daß er den Abgeordneten Schlegel der Polizei melden und alle Abgeordneten, die das Parteiabzeichen tragen, aus dem Saale verweisen werde.

Abg. **Kadel** (Dnat.) erinnert an das im Chemnitzer Tageblatt vom 26. August 1931 **veröffentlichte Tatsachenmaterial eines Augenzeugen,** aus dem hervorgehe, daß **kommunistische Organisationen planmäßige Vorbereitungen für den bewaffneten Umsturz treffen.** Die Regierung müsse ersucht werden, gegen diese klar zutage liegenden nachgewiesenen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg mit allen wirklich durchgreifenden Maßnahmen vorzugehen. Es sei eine Schuld der Regierung, daß sie zu lange gezögert habe; ihre Maßnahmen durch die Notverordnung kommen zu spät.

Abg. **Herrmann** (Komm.) gab die **Begründung für einen Antrag,** die Regierung zu beauftragen, den sächsischen Finanzminister telegraphisch anzuweisen, **gegen die Notverordnung entschieden Stellung zu nehmen,** ferner in Sachsen **jeden weiteren Abbau der Gehälter der unteren und mittleren Beamten abzulehnen** und endlich in Sachsen **die neue Notverordnung nicht zur Durchführung zu bringen.**

Zum gleichen Gegenstand lag noch ein **nationalsozialistischer Antrag** vor, den der Abg. **Kunz** begründete.

Damit war die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung heute Donnerstag, 13 Uhr. In dieser Sitzung findet die **Aussprache über sämtliche in der Mittwochsitzung begründeten Anträge und Anfragen** statt.